



Die GÖD OÖ informiert:

Pressespiegel betreffend die Presseaussendung von Dr. Peter Csar vom 24. Juli 2018:

Kronen Zeitung vom 25. Juli 2018:

Gewerkschaft sieht im neuen Gesetz schrittweises Aus der

Jetzt schlagen Beamte

Der Unmut über die Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern wächst weiter (siehe auch Seiten 2/3). Nun poltert die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Der Landesvorsitzende Peter Csar sieht im Entwurf für die Verfassungsänderung die Grundlage für eine schiebenweise Abschaffung der Berufsbeamten.

Die genaue Betrachtung des neuen Verfassungsentwurfs hat bei Peter Csar, ÖVP-Landtagsabgeordneter

und Landesvorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), wenig Begeisterung ausgelöst. Im

Gegenteil. Ihm stößt besonders sauer auf, dass im „Beiwagerl der Verordnung auch die schrittweise Abschaffung des Berufsbeamtentums vorgesehen ist.“

So ist für die Funktion des Landesamtsdirektors nicht mehr zwingend ein Beamter vorgesehen. Auch Vertragsbedienstete könnten den

Pragmatisierung

Alarm

Jobs ausüben. „Wen auf solchen Schlüsselpositionen der Hoheitsverwaltung auf Beamte verzichtet wird, stellt sich die Frage, wo wir sie überhaupt einsetzen sollen“, befürchtet Csar ein Ausufer. Es könnte ein Präzedenzfall geschaffen werden, der die Pragmatisierung an sich in Frage stellt. „Es geht mir nicht um den Erhalt irgendwelcher Privilegien“, hofft Csar noch auf eine baldige und breit geführte Diskussion.

Sorge vor Zuständen wie in Vereinigten Staaten

Er warnt vielmehr vor „amerikanischen Verhältnissen“ in der Verwaltung und Rechtssprechung. „Gemeint ist, dass politisch abhängiges Personal beliebig austauschbar werden könnte“, erklärt Csar. Die Qualität der Verwaltung sei bis dato ein Verdienst der Beamten gewesen, die ihren Aufgaben frei von Einflussnahme nachgehen konnten.



P. Csar, Gewerkschaftsboss der Landesbediensteten.

OB DER ENNS

Warum von der SPÖ nichts kam

Der türkisblauen Bundesregierung bläst erstmals Gegenwind entgegen. Auch aus Oberösterreich. Die Kritik kommt aber nicht von der Opposition, sondern von der ÖVP. LH Thomas Stelzer, Gemeindebundpräsident Johann Hingsamer oder Peter Csar, Gewerkschaftsboss der Landesbediensteten, begehren auf. Von der SPOÖ kam wenig.

Das liegt auch daran, dass der Landtagsklub geschlossen in Schottland urlaubte.

Die nächsten Tage sind deshalb umso interessanter. Wird Landeschefin Birgit Gerstorfer mit Kritik an der Regierung versuchen, ihr Profil weiter zu schärfen? Wird sie von jenen eigenwilligen Genossen, die in Schottland nicht dabei waren, unterstützt? MZ

Neues Volksblatt vom 25. Juli 2018:

Befürchtungen aller Art in OÖ

In Sorge, was diverse Vorhaben im Zusammenhang mit der Kompetenzbereinigung betrifft, ist in OÖ jetzt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Peter Csar. Er befürchtet einerseits, dass durch eine Verordnungsermächtigung die Landesregierung künftig mit einfachem Regierungsbeschluss Bezirksgrenzen ändern könnte. Andererseits sorgt für „gewerkschaftliche Verwunderung“, dass die Funktion des Landesamtsdirektors nicht mehr ausschließlich Beamten vorbehalten sein soll. Csar sieht hier Ansätze für ein „scheibchenweises Aus für Berufsbeamte“. SPÖ-Klubchef Christian Makor wiederum warnt vor einer „Schließungswelle“ bei den Bezirksgerichten, weil Justizminister Josef Moser die Länder-Mitsprache bei Gerichtsstandorten aufheben will.

OÖ Nachrichten vom 25. Juli 2018:

Beamte fürchten Regierungspläne



Foto: Land

LINZ. Die geplante Verfassungsreform der Bundesregierung regt weiter auf. Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) in Oberösterreich warnt vor einem schrittweisen „Aus für Berufsbeamte“. Laut Entwurf sollen auch Vertragsbedienstete Landesamtsdirektor werden können, nicht nur Beamte. Die Pragmatisierung, die den objektiven Gesetzesvollzug sichere, werde so infrage gestellt, sagt GÖD-Chef Peter Csar. Auch kritisiert er, dass künftig Bezirksgrenzen von der Landesregierung per Verordnung ohne Bundeszustimmung geändert werden könnten.